

**Anhörung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration zum Thema  
„Gegen das Wegsehen bei Wohnmobilprostitution – Für einen wirksamen Schutz der Prostituierten und der Jugend“ am 14.11.2013**

**Vorgetragen von:**

**Brigitte Borchers, lag, und  
Silke Gardlo, Vernetzungsstelle**

Für die Gelegenheit, unsere Stellungnahme im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration einbringen zu können, bedanken wir uns.

Sie haben mit Ihrer Einladung an „lag Vernetzungsstelle“ zwei Stellen angeschrieben: Die lag, die „Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen“ als politische Kraft und landesweite Vertretung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zum einen und die „Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte“ als Service- und Beratungsangebot, deren Expertise in gleichstellungspolitischen Fragen nicht nur die lag gerne nutzt, sondern auch die Gleichstellungsbeauftragten insgesamt und weitere gleichstellungspolitische Akteure und Akteurinnen.

Gerne antworten wir auf Ihre Bitte hin gemeinsam zum Thema.

Die niedersächsischen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten arbeiten mit Verfassungsauftrag. Ziel ist eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklicht ist.

Eine Gesellschaft jedoch, in der Männer mit Selbstverständlichkeit erwarten, dass sie 'sexuelle Dienstleistungen' kaufen können, eine Gesellschaft, in der sich Frauen prostituieren, um Armut zu überwinden und in der Geschäfte damit gemacht werden, dass Frauen in der Prostitution ausgebeutet und gehandelt werden, kann unseres Erachtens nicht geschlechtergerecht sein. Darum ist unser Wunsch letztlich eine Gesellschaft ohne Prostitution.

Diese grundsätzlichen Betrachtungen führen hier jedoch nicht weiter. Unter den gegebenen gesetzlichen Voraussetzungen durch das Prostitutionsgesetz halten wir es für nötig, für Frauen, die als Prostituierte arbeiten, möglichst würdevolle Arbeitssituationen einzufordern.

Wir halten verschiedene Maßnahmen für hilfreich, um die Situation von Frauen in der Wohnmobilprostitution zu verbessern:

1. Die öffentliche Debatte über die Entwicklung der Prostitution wird sehr engagiert geführt. Die Aussagen zu Ausmaß, Lebenssituation der Frauen und zum Umfeld der Prostitution sind allerdings häufig nicht belegbar. Es gibt bisher keine begleitende Forschung zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes oder zu Prostitution insgesamt. Wir halten es für erforderlich, auf Bundes- und auf Landesebene alle relevanten Daten zu den verschiedenen Prostitutionsbereichen statistisch zu erfassen und Studien zu erstellen – auch um die Diskussion zu versachlichen.
2. Den Frauen, die in den Wohnmobilen tätig sind, muss ebenso wie allen anderen Prostituierten, Beratung, Unterstützung und Hilfe – auch aufsuchende Hilfe - angeboten werden. Information und Stärkung der Frauen sind nötig, um sich ausbeuterischen Konditionen von Bordellbetreibern

oder Freiern widersetzen zu können. Auch eine Beratung zum Ausstieg muss Bestandteil des Angebotes sein. Die Kapazitäten müssen an den Bedarf angepasst werden. Nach unserer Kenntnis werden weite Teile Niedersachsens durch die bestehenden Angebote bisher nicht erreicht.

3. Die örtlichen Gesundheitsämter sollten eingebunden werden. Die gesundheitliche Aufklärung und Versorgung der Frauen in den Wohnmobilen könnte wesentlich verbessert werden durch Angebote von Ärztinnen und durch aufsuchende Arbeit von Mitarbeiterinnen der Gesundheitsämter. Außerdem sind die hygienischen Bedingungen schlecht, weil es an den Standorten der Wohnmobile in der Regel keine Toiletten und Waschmöglichkeiten gibt. Das macht die Arbeitsverhältnisse noch zusätzlich unwürdig. Es sollte geprüft werden, wie diese Situation geändert werden kann.
4. Aus der Regionalkonferenz Lüneburg der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind Sperrgebiete im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg gefordert worden. Wir bitten um Prüfung, welche Erfahrungen andernorts mit bestehenden Sperrgebieten gemacht wurden. Eine Verhängung von großflächigen Sperrgebieten scheint uns nach allen Informationen, die uns bisher erreicht haben, keine Lösung zu sein. Allerdings könnte eine Verpflichtung zur Anmeldung bzw. Erlaubniserteilung durch die Kommune evtl. regulierend wirken.
5. Wir halten die Einrichtung eines runden Tisches zum Thema „Prostitution“, an dem neben dem zuständigen Ministerium, der Polizei, Einrichtungen und Beratungsstellen, den Gleichstellungsbeauftragten auch die Betroffenen mitarbeiten, für sinnvoll. Dort könnten zum Thema „Prostitution“ und auch zur Verhinderung von „Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“ Regelungen entwickelt und vorgeschlagen werden. Außerdem könnte so auch ein gesellschaftlicher Diskurs über das umstrittene Thema „Prostitution“ geführt werden, das gesellschaftlich geächtet, aber doch so präsent ist.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Vorschläge. Vielen Dank.

**Kontakt:**

**lag kommunaler Frauenbüros Niedersachsen**

Brigitte Borchers  
Sodenstraße 2  
30161 Hannover  
Telefon 0172 / 24 06 978  
Fax 0511 / 33 65 06 40  
[lag@vernetzungsstelle.de](mailto:lag@vernetzungsstelle.de)  
[www.frauenbuerosinniedersachsen.de](http://www.frauenbuerosinniedersachsen.de)

**Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung,**

Frauen- & Gleichstellungsbeauftragte  
Almut von Woedtke  
Sodenstraße 2  
30161 Hannover  
Telefon 0511 / 33 65 06 20  
Fax 0511 / 33 65 06 40  
[kontakt@vernetzungsstelle.de](mailto:kontakt@vernetzungsstelle.de)  
[www.vernetzungsstelle.de](http://www.vernetzungsstelle.de)